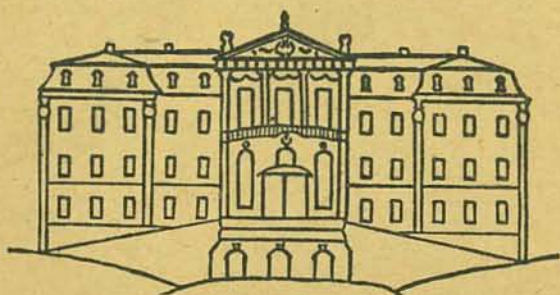


Die Christlich-Demokratische Union
in der
Deutschen Demokratischen Republik



Hefte aus Burgscheidungen

Die Christlich-Demokratische Union
in der
Deutschen Demokratischen Republik

1962

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der CDU

Inhaltsverzeichnis

Zur Einleitung	3
I. Das Wesen der Christlich-Demokratischen Union....	6
1. Die CDU — Partei friedliebender und fortschrittlicher christlicher Bürger.....	6
2. Die CDU — eine demokratische Partei.....	8
3. Die CDU — eine neue Partei	11
4. Die CDU — eine echte Union	12
5. Der Gründungsaufruf	13
II. Christlich-Demokratische Union und Friedenskampf	13
III. Die Christlich-Demokratische Union sagt Ja zum Sozialismus	15
1. Verwirklichung christlicher Anliegen	16
2. Christliche Ethik und sozialistische Moral	18
IV. Die Christlich-Demokratische Union — ein fester Bestandteil der Nationalen Front	20
1. Die Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei durch die CDU	20
2. CDU und Demokratischer Block	22
3. CDU und Nationale Front	24
V. Der Weg der westdeutschen CDU/CSU	26
VI. Es gibt nur eine rechtmäßige CDU in Deutschland..	31

Anhang

1. Aus der Satzung der CDU	35
2. Zur Gliederung der Partei	36
3. Zeitungen und Verlage der CDU	37
4. Zur Mitarbeit der CDU in den Volksvertretungen.....	37
5. Mitarbeit der Mitglieder der CDU im Nationalen Aufbauwerk	38
6. CDU-Mitglieder in hohen Staatsfunktionen	38
7. Staatliche und gesellschaftliche Auszeichnungen	39

Zur Einleitung

Immer wieder stellen Besucher aus Westdeutschland und dem Ausland bei einem Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik Fragen nach den Zielen und der Tätigkeit der Christlich Demokratischen Union in der DDR:

Kann es überhaupt eine Partei christlicher Menschen in einem sozialistischen Staat geben?

Ist eine solche Partei denn notwendig?

Ist die CDU eine selbständige Partei?

Was sind das für Menschen, die sich in der CDU zusammengeschlossen haben?

Solche und andere Fragen machen es notwendig, ausführlicher, wenn auch begrenzt auf den Rahmen dieses Heftes, darauf zu antworten.

*

In der Christlich-Demokratischen Union haben sich Christen evangelischen und katholischen Bekenntnisses, dazu Glieder freikirchlicher Gemeinschaften zusammengeschlossen, um als Christen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für Frieden und Fortschritt gerecht zu werden. Als eine demokratische Partei ist die CDU untrennbarer Bestandteil der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Hier wirkt sie dafür, daß alle christlichen Bürger unseres Staates in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Aufbaus der neuen sozialistischen Gesellschaft handeln, und kann in dieser aufklärenden und überzeugenden Arbeit wachsende Erfolge verzeichnen.

Das ist das Ergebnis eines langen, aber fruchtbaren Prozesses der Bewältigung der Vergangenheit, die im kirchlichen Bereich z. B. von den verhängnisvollen Konsequenzen der jahrhundertalten Allianz zwischen Thron und Altar belastet war, und vor allem das Ergebnis der beispielhaften Arbeit, die die CDU bei der Neuorientierung der christlichen Bevölkerung auf die von allem Mißbrauch befreiten gesellschaftlichen Hauptanliegen eines Christenmenschen — Frieden, Nächstenliebe und Brüderlichkeit — geleistet hat.

Dieser Beitrag, dessen volle Bedeutung nur an der gegensätzlichen politisch-gesellschaftlichen Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands in den letzten 17 Jahren gemessen werden kann, wirkt sich vor allem fördernd auf die in der Na-

tionalen Front praktizierte Zusammenarbeit von Christen und Nichtchristen aus, hat aber seine unbestrittene Wirkung ebenso in den kirchlichen Kreisen und nicht zuletzt auf den Wandlungsprozeß des einzelnen, der uns alle aus einer unzulänglichen Vergangenheit in neue zwischenmenschliche Beziehungen des Sozialismus führt.

Die Bedeutung dieser Arbeit, die von der CDU geleistet wurde und wird, steigert sich noch, wenn man dabei in Betracht zieht, daß zur gleichen Zeit in Westdeutschland eine „Christlich-Demokratische Union“ als Sammelbecken der Verderber Deutschlands darauf hinwirkt, daß ihre für Deutschland wie für Europa äußerst gefährlichen Pläne im Zeichen des Kreuzes durchgeführt werden. Die Forderungen nach Atomwaffen für die westdeutsche Armee, nach der Revision der durch den zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen, nach der Vorherrschaft des imperialistischen Bonner Staates im Kreise der europäischen NATO-„Partner“ u. a. — antikommunistischen Losungen unter dem scheinheiligen Vorzeichen der „Rettung des christlichen Abendlandes“ — bedeuten einen Mißbrauch des Christentums, für dessen Umfang es in der modernen Geschichte kein Beispiel gibt.

Demgegenüber sind wir der Überzeugung, daß der Wert der Arbeit einer politischen Partei daran zu messen ist, wie die Politik dieser Partei und die Arbeit ihrer Mitglieder den Lebenserfordernissen der Nation und der Menschheit gerecht wird. Die Existenzfrage unseres Volkes ebenso wie aller Völker der Erde besteht gegenwärtig darin, daß es gelingt, den Frieden in Deutschland und in der Welt zu bewahren, den Kräften der Reaktion und Aggression endgültig die Möglichkeit zur Entfesselung eines neuen Krieges zu nehmen und alle Menschen einer glücklichen, friedlichen Zukunft teilhaftig werden zu lassen. Diesem Ziel dient unser Volkskampf gegen Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland ebenso wie unsere Arbeit für den Sieg des Sozialismus in der DDR, jenes Staates also, in dem in Deutschland die Ideale des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit ihren festen staatlichen Rückhalt gefunden haben. Mit unserem Wirken für diese Ziele entsprechen wir sowohl den Interessen unserer ganzen Nation und den berechtigten Forderungen der anderen Völker als auch den gesellschaftlichen Verpflichtungen, die dem Christen durch seinen Glauben und sein Gewissen auferlegt sind.

Am besten und zugleich am schnellsten stoßen wir zum Kern und Wesen der Arbeit der CDU vor, wenn wir die

geschichtliche Entwicklung in der DDR und dabei insbesondere die Erfahrungen und Erfolge der Christlich-Demokratischen Union beim Aufbau des Sozialismus in der DDR betrachten. Das ist die Grundlage, von der aus unsere Entscheidungen für die Zukunft umsichtig vorbereitet und getroffen werden können. Der 10. Parteitag der CDU im Juni 1960 war Anlaß, die Entwicklung der Christlich-Demokratischen Union in den damals 15 Jahren ihres Bestehens zu überschauen und Schlußfolgerungen für ihr künftiges Wirken zu ziehen. Dieser historische Rückblick und Ausblick war verbunden mit grundsätzlichen Feststellungen zum Charakter der Christlich-Demokratischen Union in der Deutschen Demokratischen Republik. Wir haben uns mit der Frage nach dem Wesen und Wollen unserer Partei beschäftigt und dazu in der Entschliebung des Parteitages festgestellt:

„Immer weitere Kreise der christlichen Bevölkerung wollen wir für die Sache des Friedens und des Sozialismus gewinnen; in diesem Bestreben erblicken wir die Verwirklichung unseres ersten und vornehmsten gesellschaftlichen Auftrags und zugleich einen wichtigen Beitrag dazu, daß in der werdenden sozialistischen Gesellschaft auch die christlichen Menschen unseres Volkes ihren Platz und ihre Verpflichtung erkennen.“

Auf diesem Parteitag wurde erneut der Nachweis erbracht, daß eine demokratische Partei, in der vor allem christliche Menschen tätig sind, nicht nur am Sozialismus mitarbeiten kann, sondern daß diese Mitarbeit vielmehr von wahrhaft christlicher Verantwortung her geradezu gefordert ist. In der Entschliebung des 10. Parteitages konnte deshalb gesagt werden:

„Gerade die Entwicklung und Bewährung unserer Partei in den vergangenen 15 Jahren ist allen friedliebenden christlichen Menschen in Deutschland offenkundiger Beweis dafür, daß unser Weg sich als richtig erwiesen hat. Wir sind im Gegensatz zur Adenauer-CDU unserem gesellschaftlichen Auftrag, der in seinen Grundlinien im Gründungsauftrag unserer Partei vorgezeichnet war, unbeirrbar treu geblieben. Wir haben die Gemeinsamkeit der demokratischen Kräfte als die kostbarste Errungenschaft unseres Kampfes stets hochgehalten, und wir wissen, daß wir unsere Erfolge in erster Linie dieser Gemeinsamkeit zu verdanken haben. Wir haben den Weg an die Seite der Arbeiterklasse und ihrer Partei gefunden, wir sind glücklich, daß sie uns die Hand zu gemeinsamer Arbeit gereicht hat, und wir werden diese Hand nie wieder loslassen. Unsere Freunde sind in der gesellschaftlichen Praxis an der Erfüllung ihrer Aufgaben gewachsen und geben unserer christlichen Bevölkerung ein Beispiel dafür, wie

christliche Menschen heute den Weg in die sozialistische Gemeinschaft finden. Unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, in der Gemeinsamkeit der demokratischen Kräfte in der Nationalen Front weist unsere Christlich-Demokratische Union allen ehrlichen christlichen Menschen den Weg des Kampfes für Frieden und gesellschaftliche Neuordnung und zeigt ihnen die Perspektive eines neuen, befreiten, glücklichen Lebens in einer neuen befriedeten, glücklichen Welt.“

I. Das Wesen der Christlich-Demokratischen Union

1. Die CDU — Partei friedliebender und fortschrittlicher christlicher Bürger

In der Christlich-Demokratischen Union haben sich christliche Bürger der DDR zu gemeinsamem politischen Handeln im Dienst an der Nation und im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts zusammengeschlossen. Gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften wirken sie für die Ziele der Nationalen Front des demokratischen Deutschland: für die Erhaltung des Friedens, für die Vollendung des sozialistischen Aufbaus in der DDR, für die Lösung der nationalen Frage unseres Volkes, also für die Wiedergeburt unserer Nation in einem einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Staat, dessen gesellschaftliche Perspektive mit dem großen sozialen Bewegungs- und Entwicklungsgesetz unserer Epoche des Übergangs der ganzen Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus übereinstimmt.

In der politischen Zielsetzung stimmen die christlichen Demokraten also mit den Mitgliedern der Partei der Arbeiterklasse, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, und aller anderen demokratischen Parteien und Organisationen in der DDR vollauf überein. Sie unterscheiden sich von den Mitgliedern der anderen Parteien durch die spezifische ideologische Motivierung ihrer gesellschaftlichen Entscheidung und ihres politischen Handelns. Den inneren Antrieb und die moralische Verpflichtung, sich der Lösung der großen gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit zuzuwenden, entnehmen die Mitglieder unserer Partei dem christlichen Glauben. Ihn betrachten sie nicht nur als eine persönliche Angelegenheit, die etwa lediglich für den privaten Bereich der individuellen Frömmigkeit oder für den innerkirchlichen Raum von Belang sei. Sie sind vielmehr der Überzeugung, daß rechtverständener christlicher Glaube auch unabdingbare und unaußweichliche Forderungen an das Handeln des Christen, an seine Bewährung in der Gemeinschaft stellt.

Bei der Stellungnahme zu den gesellschaftlichen Hauptfragen der Gegenwart gehen wir davon aus, daß dem Christen im gesellschaftlichen Raum vor allem aufgetragen ist, nach der Verwirklichung des Friedens auf Erden zu trachten und das Gebot der Nächstenliebe im praktischen Leben in die Tat umzusetzen. Diese beiden Grundforderungen gelten für die Existenz und das Handeln der Christen in allen gesellschaftlichen Systemen. Dabei sind wir jedoch der Überzeugung, daß diese Postulate sich unter den gesellschaftlichen Bedingungen des Sozialismus am besten befolgen lassen, ja daß der Sozialismus zum erstenmal in der Menschheitsgeschichte umfassende gesellschaftliche Voraussetzungen dafür bietet, daß wir Christen mit unseren Glaubensgrundsätzen und unseren sittlichen Prinzipien ernst machen können. Diese unsere Überzeugung ist durch die Praxis unseres sozialistischen Aufbaus und vor allem durch die Erfahrungen unserer eigenen tatkräftigen Mitarbeit an der Errichtung des Sozialismus in unserer Republik eindeutig als richtig bestätigt worden.

Wir christlichen Demokraten sind treue Bürger unseres sozialistischen Staates und aktive, bewußte Mitstreiter im großen weltumspannenden Völkerkampf für den Frieden. Unsere Christlich-Demokratische Union bietet den christlichen Kreisen der Bevölkerung der DDR die Möglichkeit, in diesem Sinne gesellschaftlich tätig zu werden und ihre Verantwortung für den Frieden und für das Geschick des Nächsten im politischen Raum zu beweisen und zu bewähren. Dieses entschlossene Eintreten der Mitglieder unserer Partei und der ihr nahestehende Bevölkerungskreise für die großen humanistischen Ziele unserer gemeinsamen sozialistischen Sache und unserer nationalen Politik findet die Anerkennung der Partei der Arbeiterklasse und aller anderen in der Nationalen Front zusammengeschlossenen demokratischen Kräfte. So bewahrheitet sich die Feststellung des vom Nationalkongreß im Juni 1962 zum Beschluß erhobenen Nationalen Programms über „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“:

„Hier“ — nämlich in unserem Staate — „regiert das Volk — Kommunisten und Nichtkommunisten, Christen und Atheisten —, vereint in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und im Block der demokratischen Parteien . . . Im Prozeß des Aufbaus des Sozialismus entwickeln sich . . . neue freundschaftliche Beziehungen zwischen den Menschen der verschiedenen Schichten . . .“

2. Die CDU — eine demokratische Partei

Die Frage nach dem Wesen einer Partei stellen heißt u. a., die Frage nach ihren sozialen Wurzeln stellen. Programmatische Äußerungen einer Partei können erst dann richtig gewertet werden, wenn man weiß, welche Bevölkerungsschichten von dieser Partei repräsentiert werden, im Interesse welcher Bevölkerungsschichten diese Partei ihre Politik betreibt und nicht zuletzt, wie die Mitglieder dieser Partei handeln. Dabei ergibt sich, daß die Mehrheit unserer Mitglieder aus den Kreisen der Intelligenz, des Handwerks, der kleinen und mittleren Unternehmer, des Handels und aus bäuerlichen Kreisen kommt. Weiterhin sind viele unserer Mitglieder als Angestellte und Arbeiter in unserer volkseigenen Wirtschaft und in den Genossenschaften tätig.

Unsere Partei ist eine demokratische Partei. Die besondere Aufgabe unserer Partei besteht darin, an der Überwindung von Elementen des Alten, gesellschaftlich Überlebten im Denken und Handeln der Mitglieder unserer Partei und der ihr nahestehenden Bevölkerungsschichten mitzuwirken und jenen großen Wandlungsprozeß zu fördern, der zur Herausbildung des sozialistischen Bewußtseins führt und für die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik besonders charakteristisch ist. Die Leistungen unserer Mitglieder lassen das Fortschreiten dieser tiefgreifenden Wandlung immer wieder erkennen; neue Menschen sind herangewachsen, auf die unsere Partei stolz sein kann.

Der demokratische Charakter der CDU drückt sich selbstverständlich auch in den Grundsätzen ihres innerparteilichen Lebens aus. Alle Organe der Partei werden demokratisch gewählt und sind für ihre Tätigkeit den Mitgliedern rechenschaftspflichtig. Alle Mitglieder sind berechtigt, an den Versammlungen und Sitzungen des Parteiverbandes, dem sie angehören, teilzunehmen und dort am Zustandekommen der Beschlüsse mitzuwirken; weiter sind sie berechtigt, an den Wahlen zu den Leitungsgremien der Partei teilzunehmen und selbst in alle diese Leitungsgremien gewählt zu werden. Ferner haben sie das Recht, in den Versammlungen und Sitzungen der Partei und in der Parteipresse zu den Fragen der Politik der CDU Stellung zu nehmen, an dem Verhalten anderer Mitglieder und Funktionäre Kritik zu üben und sich mit allen Fragen an jedes höhere Organ der Partei zu wenden. Mit diesen Rechten der Mitglieder und Parteiverbände stehen selbstverständlich die entsprechenden Pflichten gegenüber der Partei in engstem Zusammenhang.

Wenn wir unsere Christlich-Demokratische Union als eine demokratische Partei bezeichnen, dann sehen wir in dem Begriff des Demokratischen zugleich jenes programmatische Wort unseres Gründungsauftrufs von der „neuen Demokratie“ eingeschlossen. Unsere Politik wird bestimmt von den Interessen der ganzen Nation und nicht von irgendwelchen engen Gruppeninteressen. Als eine solche „Partei der neuen Demokratie“ wirkt die CDU seit langen Jahren in der Nationalen Front, die von der Partei der Arbeiterklasse geführt wird, einsatzfreudig und erfolgreich am Aufbau des Sozialismus mit.

Als 1945 durch die Befreiungstat der Sowjetunion und ihrer Verbündeten der Hitlerstaat militärisch und politisch niedergeworfen und der totale Bankrott des Faschismus offenbar geworden war, da war auch der Weg für die Gründung der CDU frei gemacht. Im Mai 1945 nahm eine neue Epoche in der Geschichte des deutschen Volkes ihren Anfang. Das deutsche Volk begann, die Lehren aus einer leidvollen Vergangenheit zu ziehen. Einigkeit herrschte unter allen demokratischen und patriotischen Kräften, daß sich nur ein Weg zur Rettung der deutschen Nation eröffnete: der Weg einer neuen, demokratischen Entwicklung in ganz Deutschland.

Es hatte sich gezeigt, daß die bürgerlich-kapitalistische Welt nicht imstande war, die Probleme unseres Jahrhunderts friedlich und im Interesse der Menschheit zu lösen. Zugleich war deutlich geworden, daß die Lösung der Probleme unserer Nation nur möglich ist unter Überwindung der Kräfte der Reaktion und Restauration. Erstes Erfordernis, um den Weg einer neuen, demokratischen Entwicklung zu beschreiten, war also die Ausrottung der Wurzeln des Imperialismus und Militarismus.

Dieser Weg konnte nur gemeinsam von allen demokratischen Kräften beschritten werden. Bereits in der Zeit der faschistischen Diktatur hatten zahlreiche christliche Menschen in Deutschland erkannt, daß sie an die Seite aller anderen friedliebenden, fortschrittlichen und patriotischen Kräfte unseres Volkes gehören und daß der Arbeiterklasse die Führung auf dem Wege zu einer demokratischen Umgestaltung in Deutschland zukommt. Diese Erkenntnis kam spät. Sie wurde geboren im gemeinsamen Kampf und Leid von Marxisten und Christen in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern Hitler-Deutschlands. Sie nahm Gestalt an im Nationalkomitee „Freies Deutschland“. Sie bestimmte seit 1945 die politische Entwicklung im Osten Deutschlands.

Von solchen Erkenntnissen ist der Gründungsaufwurf der Christlich-Demokratischen Union vom 26. Juni 1945 bestimmt. Er gründet sich auf das Erbe der fortschrittlichen Christen, die schon in der Vergangenheit von den gesellschaftlichen Grundforderungen des Christentums — Frieden auf Erden und Liebe zum Nächsten — ausgingen und nach der Erneuerung der Gesellschaft strebten. Er beruht auf den Erfahrungen aus dem politischen Kampf fortschrittlicher Christen gegen den deutschen Militarismus und Nationalismus der Weimarer Zeit, aus dem Widerstand evangelischer und katholischer Christen gegen den Faschismus, aus dem Kampf des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ gegen den faschistischen Krieg, für ein neues, demokratisches Deutschland.

„... Aus heißer Liebe zum deutschen Volk rief der Gründerkreis, die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat. Den unseligen Mächten und Traditionen der Vergangenheit, die unser Volk bis an den Rand des Abgrunds geführt hatten, wurde eine entschiedene Absage erteilt. Anknüpfend an die wahren und bleibenden Werte christlicher Überlieferung und Gesittung, sollte der Aufbau eines neuen Deutschland des Friedens und der Demokratie beherzt in Angriff genommen werden, eines wirklichen Vaterlandes aller patriotisch denkenden Deutschen, in dem die nationale Frage entsprechend den Lehren der Geschichte gelöst und mit der verhängnisvollen Krisen- und Kriegspolitik der zurückliegenden Zeit ein für allemal Schluß gemacht werden sollte. Angesichts der großen nationalen Bedeutung dieser Aufgabe war bereits der Gründerkreis sich darüber klar, daß der ‚Weg der Sühne und der Wiedergeburt‘ nur in ‚brüderlicher und vertrauensvoller Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden und aller aufbauwilligen Kräfte‘ mit Erfolg besritten werden konnte. Auch die Frage, wer auf diesem Wege die Führung übernehmen sollte, war vom Gründerkreis schon mit dem Bekenntnis beantwortet worden: ‚Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt‘...“

So kennzeichnet die Entschließung unseres 10. Parteitages den Inhalt des Gründungsaufwurfs.

Mit der Gründung der CDU wurde zum erstenmal in Deutschland von Christen eine überkonfessionelle Partei gebildet, die ihre Aufgabe in der Beteiligung am Kampf um den Frieden, die Demokratie und den gesellschaftlichen Fortschritt erblickt und die die Arbeiterklasse und ihre Partei in diesem Kampf unterstützt.

3. Die CDU — eine neue Partei

Die Gründung der CDU stellt etwas von Grund auf Neues für die gesellschaftliche Orientierung und die politische Wirksamkeit christlicher Menschen in Deutschland dar. Die CDU entstand weder als Nachfolgepartei irgendeiner bürgerlich-restaurativen Partei der Weimarer Republik, noch knüpfte sie an die Ziele anderer einstmals bestehender Parteien an. Sie war — wie es in den Thesen zur Geschichte der CDU heißt — „etwas völlig Neues in der Geschichte der deutschen Christenheit und der deutschen politischen Parteien“.

Der Gründungsaufwurf ging von den guten Traditionen unseres Volkes und besonders der Christen in Deutschland aus. Dieser Gründungsaufwurf war bestimmt von den Grundsätzen des Antifaschismus, der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte, von tiefer Friedensliebe und Friedenssehnsucht, vom Willen zur Beherrschung der Lehren der Geschichte unserer Nation, vom Streben nach gesellschaftlicher Verwirklichung der ethischen Ziele des Humanismus. Insoweit wurden im Gründungsaufwurf notwendige Schlußfolgerungen aus der Geschichte nicht nur des deutschen Volkes allgemein, sondern aus der Geschichte der deutschen Christenheit gezogen und an deren gute Traditionen angeknüpft.

Die Geschichte der deutschen Christenheit ist vor allem von der Verknüpfung der christlichen Botschaft mit der sozialen Reaktion belastet. Die Allianz von Thron und Altar war in Deutschland, sozialpolitisch gesehen, seit dem 19. Jahrhundert eine Allianz Großbürgertum—Kirche und wurde im Zeitalter des Imperialismus immer mehr zu einer Allianz von Monopolbourgeoisie und politischem Klerikalismus. Die Allianz von Kreuz und Schwert, von der die Geschichte der deutschen Christenheit belastet ist, findet gegenwärtig ihren besonders unseligen Ausdruck im Klerikal-Militarismus westdeutscher Prägung. Solche Lasten der Vergangenheit und Gegenwart galt es zu bewältigen und im geistigen und politischen Raum Voraussetzungen für eine echte und notwendige gesellschaftliche Neuorientierung der Christenheit in Deutschland zu schaffen.

Es ist nicht zufällig, daß das Ende des imperialistischen Zeitalters — als Ergebnis der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution — zugleich kirchengeschichtlich das Ende des „Konstantinischen Zeitalters“ ist. Bedeutende katholische und protestantische Denker unserer Tage haben die Christenheit gemahnt, dieser Tatsache nicht länger auszuweichen. Romano Guardini beispielsweise analysierte die Gründe und Ergeb-

nisse eines Prozesses, den er auf die Formel brachte: das Ende der Neuzeit ist gekommen. Ähnlich wurde auf der Synode der Evangelischen Kirche 1956 das Ende des Konstantinischen Zeitalters in all seinen Erscheinungsformen vom Standpunkt des deutschen Protestantismus aus beschrieben.

Solche Tatsachen machen die Verantwortung auch und gerade der Christen in Deutschland deutlich. Die CDU hilft ihnen, daraus die gesellschaftlichen Schlußfolgerungen zu ziehen und ihre Verantwortung im politischen Raum voll wahrzunehmen.

4. Die CDU – eine echte Union

Wenn gesagt wurde, daß die Gründung der CDU etwas völlig Neues in der Geschichte der deutschen Christenheit und in der Geschichte der politischen Parteien darstellt, so auch im Sinne der Überwindung konfessioneller Schranken. In Beherrschung der Lehren aus der Geschichte des deutschen Volkes und insbesondere der Christen in Deutschland fanden sich in der gemeinsamen Sorge um das Schicksal der deutschen Nation und um des Triumphes des gesellschaftlichen Fortschritts willen Angehörige der verschiedenen Konfessionen und Freikirchen in einer Partei zusammen.

Die Bedeutung dieser Gründung einer überkonfessionellen Partei geht besonders daraus hervor, daß so scharf und so schroff wie in Deutschland die konfessionellen Gegensätze im Laufe der Geschichte wohl in kaum einem anderen Land aufeinandergeprallt sind. Die konfessionelle Spaltung hinderte die Christen oftmals an der richtigen Erkenntnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit und an der Mitarbeit im Dienste des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts.

Die Bildung der CDU als politische Konsequenz aus dem gemeinsamen Kampf von aufrechten Katholiken und Protestanten gegen den Faschismus war zugleich ein Beitrag zur Gemeinschaft der demokratischen Kräfte und zu der sich immer mehr entwickelnden politisch-moralischen Einheit unserer Bevölkerung.

Die CDU kann als Union auch keine Kirchenpartei sein. Weder ist sie Instrument der evangelischen noch der katholischen Kirche. Auch in dieser Hinsicht war die Gründung der CDU etwas völlig Neues; denn christliche Parteien in bürgerlichen Staaten waren und sind zumeist Kirchenparteien, d. h. Parteien, die die Interessen einer Kirche im politischen Raum zu vertreten suchen.

5. Der Gründungsaufruf

Der Gründungsaufruf der Christlich-Demokratischen Union, von dem hier bereits mehrfach die Rede war, trägt einen fortschrittlichen Charakter. Von daher können die Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union ihre Mitarbeit beim Sieg des Sozialismus in unserer Republik auch in unbedingter Treue zum Geist des Gründungsaufrufs leisten.

Der Gründungsaufruf ließ zwar, wie in der Entschließung des 10. Parteitages festgestellt wird, in Einzelheiten noch mancherlei Unklarheiten und irrige Vorstellungen über das Wesen der damaligen gesellschaftlichen Lage und über den Weg zur Verwirklichung jener Ziele erkennen, zu denen sich die christlichen Demokraten ebenso wie die anderen demokratischen Kräfte bekannten. „Insgesamt aber entsprach dieses Dokument in seinem Grundgehalt völlig den Aufgaben und Forderungen der damaligen Zeit und war eine vollgültige, beispielhafte Dokumentation für die Bereitschaft der christlichen Demokraten, Fehler der Vergangenheit zu überwinden und sich nun bewußt in den recht verstandenen Dienst an der Nation zu stellen.“

Allerdings war das politische und ideologische Fundament, auf dem die neue Partei aufbaute, noch nicht geschlossen und einheitlich. Bestimmte Einzelforderungen des Gründungsaufrufs ließen ihrem Wesen nach zumindest die Möglichkeit einer reaktionären Auslegung offen, so z. B., wenn es an einer Stelle des Gründungsaufrufs heißt: „Wir bejahen das Privateigentum, das die Entfaltung der Persönlichkeit sichert, aber an der Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt.“ Diese Forderung konnte sowohl fortschrittlich ausgelegt als auch von den Kräften der Reaktion für ihre Zwecke verfälscht werden. Die Geschichte der CDU, insbesondere der ersten Jahre ihres Wirkens, zeigt, wie gerade diese und andere Formulierungen des Gründungsaufrufs von denjenigen mißbraucht wurden, die die CDU für ihre dunklen Geschäfte benutzen wollten.

II. Christlich-Demokratische Union und Friedenskampf

Als eine Partei verantwortungsbewußter Christen hat sich die CDU den Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens zu ihrer höchsten Aufgabe gemacht. Getreu dem Gelöbnis des Gründungsaufrufs, „alles bis zum letzten auszu-tilgen, was dieses ungeheure Blutopfer und dieses namenlose Elend verschuldet hat, und nichts zu unterlassen, was die

Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt“, arbeiten die Mitglieder der CDU aktiv an der Lösung des Weltproblems Nr. 1 — der Erhaltung des Friedens — mit. Diese Arbeit leisten die Mitglieder der CDU zugleich in der Erkenntnis, daß es keinen echten Seelenfrieden ohne das Wirken für den Frieden auf Erden geben kann.

Seit zweitausend Jahren rufen verantwortungsbewußte Christen nach Frieden, und zwar nach einem Frieden, der keinen Gegensatz zwischen dem inneren Frieden des einzelnen und dem äußeren Frieden der Welt kennt. Deshalb kämpft die CDU dagegen, daß die Kräfte des politischen Klerikalismus, wie heute besonders in Westdeutschland, die christliche Friedensforderung auf den Seelenfrieden zu beschränken suchen, um damit die Vorbereitung eines atomaren Krieges zu rechtfertigen.

Aus der christlichen Moral erwächst die Erkenntnis, daß die entscheidenden Fragen der Menschen und Völker nicht mit Waffen und Krieg gelöst werden können, daß der Krieg kein gottgewolltes Ereignis ist und daß die Verwirklichung der christlichen Lehre die Sicherung des Friedens durch Bekämpfung und Verhinderung des Krieges erfordert. Die Leitgedanken der CDU zur Beteiligung der Christen am Friedenskampf gipfelt in der Schlußfolgerung: „Es kann deshalb keinen wahrhaften Christen geben, der nicht Kämpfer für den Frieden ist.“

Wir kämpfen also nicht nur in dem Sinne für den Frieden, daß wir, etwa aus taktischen Gründen, eine gewisse Phase der internationalen Entspannung, eine Art Waffenstillstand, erreichen wollen. Nein, unser Kampf gilt dem Aufbau einer Welt ohne Krieg, einer gesellschaftlichen Ordnung des Friedens. Friedenspolitik nach außen, Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in der Welt und in Deutschland ist also die eine Seite der Sache, um die es uns geht. Die andere Seite ist die Veränderung der gesellschaftlichen Struktur, ist die Schaffung solcher ökonomischer und politischer Verhältnisse, die den Frieden für immer garantieren.

Gegenwärtig ist der Kampf für den Frieden zur Existenzfrage des deutschen Volkes geworden. So wie der Friede heute bereits in der DDR eine gesicherte Heimstatt gefunden hat, so soll unter Mitarbeit der christlichen Demokraten ganz Deutschland ein Land des Friedens werden. Es gibt nur einen Weg zur Rettung unserer Nation — den im Deutschen Friedensplan gewiesenen Weg über den deutschen Friedensvertrag und die Verständigung der Deutschen untereinander.

Angesichts der immer stärker werdenden Bedrohung des Friedens, insbesondere durch den im Bonner Staat wiedererstandenen deutschen Imperialismus und Militarismus, genügt es heute nicht mehr, nur eine Friedensgesinnung an den Tag zu legen. Der Frieden braucht Taten. Immer besser müssen die Mitglieder der CDU und die christliche Bevölkerung die Mittel und Methoden erkennen, die im Interesse des Friedens angewandt und durchgesetzt werden müssen. Auf die Fragen der christlichen Menschen in unserer Republik, was sie konkret für die Erhaltung und Sicherung des Friedens in Deutschland tun können, antworten wir ihnen, daß sie im Produktionsaufgebot, an ihrem Arbeitsplatz treu ihre Pflicht erfüllen und schöpferisch neue Methoden zur besseren Arbeit entwickeln sollen, daß sie zur allseitigen, das heißt zur politischen, ökonomischen und militärischen Stärkung der DDR beitragen sollen. Je schneller die Überlegenheit des Lagers des Friedens und des Sozialismus in der Welt und unserer Republik in Deutschland wächst, um so eher kann der Friede als gesichert gelten.

III. Die Christlich-Demokratische Union sagt Ja zum Sozialismus

In der Nationalen Front des demokratischen Deutschland haben wir die große Koalition unseres Volkes geschaffen als Antwort auf die Koalition der alten Verderber Deutschlands, die sich in Westdeutschland unter der Führung des aggressiven Monopolkapitals und des Militarismus erneut herausgebildet hat. Gegen diese unsere Gemeinsamkeit richten sich die Angriffe der Reaktion. Insbesondere christliche Menschen sollen dadurch in ihrer Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus und an der Sicherung des Friedens irregemacht werden. Jedes Mittel, um zu diesem Ziel zu gelangen, ist den Feinden unseres Volkes und des Friedens dabei recht.

So behaupten diese Kreise, die Lebensfrage der Menschheit heiße nicht etwa Krieg oder Friede, sondern Christentum oder Atheismus, wobei sie immer wieder die Lüge verwenden, Sozialismus und Atheismus seien ein und dasselbe. Wie steht es damit? Können Christen aus ihrem Glauben heraus mitbauen an der neuen Gesellschaftsordnung des Sozialismus und des Friedens? — Die CDU gibt ihren Mitgliedern und allen Christen, die diese und ähnliche Fragen stellen, eine klare und eindeutige Antwort. Was sind — kurz zusammengefaßt — die Motive für dieses Ja der christlichen Demokraten in der DDR zum Sozialismus?

1. Verwirklichung christlicher Anliegen

Das Ja der Christlich-Demokratischen Union zum Sozialismus ist erwachsen aus der Erkenntnis, daß die christlichen Grundforderungen nach Frieden auf Erden und echter Nächstenliebe erst im Sozialismus weitestgehend verwirklicht werden können. Der Sozialismus ist die einzig mögliche und notwendige Antwort auf die Katastrophenpolitik der kapitalistischen Gesellschaft. Die in der DDR geübte Zusammenarbeit von Christen und Marxisten beim Aufbau des Sozialismus beruht sowohl auf einer gemeinsamen politischen als auch auf einer gemeinsamen ethischen Zielsetzung. In der Entschließung des 9. Parteitages wurde dazu gesagt:

„Wir christlichen Demokraten bejahen den Sozialismus und nehmen am sozialistischen Aufbau tätigen Anteil. Die Forderungen, die sich aus der christlichen Verantwortung für den Frieden auf Erden und für die Verwirklichung der Nächstenliebe ergeben, lassen sich nur im Sozialismus in die gesellschaftliche Wirklichkeit umsetzen. Die sozialistische Ordnung, die die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen beseitigt und damit auch die ökonomischen Wurzeln aggressiven imperialistischen Expansionsstrebens und kolonialer Unterjochung anderer Völker ausrottet, bürgt für die Erhaltung des Friedens und für die Überwindung der sozialen Ungerechtigkeit. Die vom Sozialismus bestimmten neuen internationalen Beziehungen und die Beziehungen zwischen den einzelnen Menschen verwirklichen endlich in gesamtgesellschaftlichem Ausmaß jene humanistischen Ideale und Theorien, für deren Erfüllung die Besten der Menschheit, unter ihnen die entschiedensten und getreuesten Christen aller Zeiten, seit vielen Jahrhunderten eingetreten sind. Eine wahrhaft schöpferische christliche Existenz in der Verantwortung vor der Gesellschaft ist daher heute nur unter den Bedingungen des Sozialismus möglich.“

Wiederholt wurde auch von unseren marxistischen Freunden das Gemeinsame und Verbindende zwischen Marxisten und Christen herausgestellt. So hat insbesondere der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, wiederholt darauf hingewiesen, daß die Anhänger der materialistischen Weltanschauung Gemeinsames mit den Christen nicht nur im Kampf gegen die Atomkriegsgefahr und um die Erhaltung des Friedens verbindet, sondern auch auf dem Gebiet der Moral.

Ihren wohl bisher sichtbarsten Ausdruck fand diese politisch-moralische Gemeinsamkeit von Marxisten und Christen, dieses enge Kampfbündnis der Arbeiterklasse und ihrer Partei mit allen ehrlichen, friedliebenden christlichen Bürgern unseres Staates in dem bedeutsamen Gespräch, das der Vor-

sitzende des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, am 9. Februar 1961 mit einer von Prof. D. Emil Fuchs geführten Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und namhaften Laienchristen führte. In dieser Begegnung hatte Prof. D. Emil Fuchs eingangs u. a. ausgeführt:

„Gewiß, es gibt Unterschiede zwischen der Weltanschauung des Marxisten und dem Glauben des Christen, es gibt sogar sehr tiefgehende Unterschiede, die wir nicht vertuschen wollen. Aber diese weltanschaulichen Unterschiede sind für uns kein Hindernis für die feste Gemeinsamkeit aller der Kräfte, die in echter Verantwortung für des Menschen wahres Wohl wirken wollen. Im Gegenteil: Unser Gewissen, die gesellschaftlichen Konsequenzen unseres christlichen Glaubens, unser unerbittlicher Wille, für die Wahrheit einzutreten, zwingen uns, für den Frieden und für die soziale Gerechtigkeit, für den Sozialismus zu kämpfen.“

Der Vorsitzende des Staatsrats, Walter Ulbricht, unterstrich in seiner Antwort diese untrennbare Zusammengehörigkeit von Marxisten und Christen im Ringen um Frieden und Sozialismus u. a. mit den Worten:

„Die im Kapitalismus herrschenden Klassen haben die christlichen Kirchen als Waffe gegen den Sozialismus eingesetzt und mißbraucht. Ich komme aber im Zuge unserer praktischen und freundschaftlichen Zusammenarbeit immer mehr zu der Überzeugung, daß Sozialisten, Kommunisten und Christen — unbeschadet ihrer verschiedenen Weltanschauungen — bei der Gestaltung des Lebens und der Gesellschaft und der Sicherung des Friedens auf dieser Erde zusammengehören und einfach zusammenarbeiten müssen.“

Ein Christ, der seine humanistischen und sozialen Ideale ernst nimmt, der seinen Kopf frei macht von Vorurteilen und dem Ballast einer toten Vergangenheit, sollte eigentlich gar nicht anders können, als sich mit dem Sozialismus zu vereinen. Und ich finde, wir sollten ihn immer und auf jeder staatlichen oder gesellschaftlichen Ebene herzlich willkommen heißen und ihm mit Achtung und Freundschaft begegnen. Ich möchte Ihnen sagen: Für uns sind die Worte in der Erklärung des Staatsrates kein taktischer Schachzug. Ich bin froh, Ihnen ganz offen sagen zu können, daß wir in einer nunmehr schon 15jährigen Zusammenarbeit — wobei es natürlich auch Auseinandersetzungen und vielleicht auch manches Mißverständnis gegeben hat — die Mitarbeit des christlichen Teiles der Bevölkerung, christlicher Politiker und mancher Theologen und kirchlicher Amtsträger in dem Ringen um Frieden und den Aufbau eines dem Frieden und dem Glück der Menschen dienenden deutschen Staates, unserer Deutschen Demokratischen Republik, sehr schätzen gelernt haben. Und ich bin froh, immer wieder feststellen zu können,

daß auch beim Aufbau des Sozialismus überzeugte Christen nicht nur ihren Mann stehen, sondern vielfach eine ganz hervorragende und aktive Rolle spielen, die von uns geschätzt und anerkannt wird.

Welches sind denn die einfachen Ideale und Ziele, die uns miteinander verbinden? Frieden und Menschlichkeit und gegenseitige Achtung, Glück und Wohlstand der ehrlich arbeitenden Menschen, Glück der Familien und glückliche, an Körper und Seele gesunde Kinder — das ist es doch, was wir alle erstreben. Und hier sehe ich zwischen Atheisten und Christen keinerlei Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten. Sie werden mir auch bestätigen, daß ein überzeugter Christ unseren 10 Grundsätzen der sozialistischen Moral zustimmen und danach leben kann, ohne deshalb mit seinem christlichen Glauben in Konflikt zu kommen.“

Daß es in der Deutschen Demokratischen Republik zu einer solchen engen Zusammenarbeit von Marxisten und Christen im Kampf für die humanistischen Ziele des Sozialismus und im Einsatz für den Frieden auf Erden kommen konnte, ist nicht zuletzt ein Ergebnis der Arbeit unserer Christlich-DEMOKRATISCHEN Union, die sich jederzeit mit all ihren Kräften um die Gewinnung der christlichen Bevölkerungskreise unseres Staates für diesen gemeinsamen Kampf der demokratischen Kräfte unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse bemüht hat.

2. Christliche Ethik und sozialistische Moral

Auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der Industrie und Landwirtschaft gewinnen die Fragen der sozialistischen Ethik an Bedeutung. Es entwickeln sich eine neue Arbeitsmoral und neue Beziehungen zwischen den Menschen. Die christliche Forderung „*liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst*“ konnte bisher niemals in der Geschichte der Menschheit im Maßstab der ganzen Gesellschaft verwirklicht werden. Jetzt, unter den Bedingungen unserer sozialistischen Ordnung, greift im Bewußtsein und im Handeln der Menschen eine neue gesellschaftliche Moral immer mehr Platz, die jener christlichen Forderung im Wesen und den Konsequenzen nach zutiefst entspricht.

Aus allen diesen Gründen macht die CDU große Anstrengungen, um alle Mitglieder und die ganze christliche Bevölkerung unseres Staates für die Mitarbeit am Sieg des Sozialismus in der DDR zu gewinnen. Die Orientierung auf das Ringen um den Frieden, um die nationale Wiedergeburt

Deutschlands im Sinne des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts, um die Vollendung unseres sozialistischen Aufbaus bestimmt den Inhalt unserer Parteiarbeit. In dieser Arbeit können sich alle positiven moralischen Motive der Parteinahme für den Frieden und den Fortschritt entfalten, und zugleich ist es möglich, neue Initiativen der christlichen Bürger für die Lösung der politisch-ökonomischen und kulturellen Aufgaben zu entwickeln. Dadurch leistet die CDU im Rahmen der Nationalen Front einen wesentlichen Beitrag zum Sieg des Sozialismus.

Ausdrücklich hat sich unsere Partei zur sozialistischen Gesellschaftsordnung und zu den Grundsätzen der sozialistischen Moral bekannt. Wir sind der festen Überzeugung, daß das in den Gesetzen der sozialistischen Moral ausgedrückte Bekenntnis zu Frieden und Völkerfreundschaft, zur Vaterlandsliebe, zum Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und koloniale Unterdrückung, zu dem neuen, sozialistischen Inhalt der Beziehungen zwischen den Menschen, zum sozialistischen Arbeitsethos, zu Wert und Würde der Familie zutiefst den Konsequenzen entspricht, die aus den Prinzipien christlicher Ethik für das gesellschaftliche Leben abzuleiten sind. Die Grundforderungen der sozialistischen Ethik und Moral setzen für das gesellschaftliche Leben solche Normen zum Ziel, die in den christlichen Grundforderungen bisher nur auf das individuelle Leben bezogen wurden, und drücken damit zugleich unsere christlichen Anliegen im gesellschaftlichen Raum in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung des Zusammenlebens der Menschen und Völker aus.

Durch die Verwirklichung der Forderungen der sozialistischen Ethik und Moral haben wir Christen die große Chance, das zu erreichen, was wir trotz positiver Theorien bisher in der Praxis des Alltags nicht zu verwirklichen vermochten. Zugleich wird aber durch den Aufbau des Sozialismus und die Praktizierung dieser neuen Moral und Sittlichkeit jener den einzelnen Christen wie die gesamte Christenheit bisher belastende Widerspruch zwischen seiner persönlichen Frömmigkeit und dem Mißbrauch seines Glaubens für die dem Christentum widersprechenden Ziele der jeweils herrschenden Klassen aufgehoben. Weil wir den Sozialismus als eine Gesellschaftsordnung der sittlichen Tat, als eine unauflösbare, harmonische Einheit von gesellschaftlichem Fortschritt, Frieden, Glück und Wohlstand erkannt haben, deshalb gehört ihm unser vorbehaltloses Ja.

IV. Die Christlich-Demokratische Union — ein fester Bestandteil der Nationalen Front

1. Die Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei durch die CDU

Wenn die Frage gestellt wird, wie es uns gelungen ist, die Vergangenheit zu bewältigen, die Gegenwart zu meistern und planvoll den Weg in die Zukunft zu beschreiten, d. h. den fortschrittlichen Gehalt des Gründungsauftrags in die Tat umzusetzen, dann können wir antworten: Wir konnten diese Aufgaben lösen, weil in der DDR alle demokratischen Kräfte ihre gemeinsame Verantwortung erkannten, weil jede demokratische Partei und Organisation von ihrem spezifischen gesellschaftlichen Auftrag her mit ihren Mitteln und Möglichkeiten diese Verantwortung wahrgenommen hat, weil alle diese demokratischen Kräfte von der Arbeiterklasse und ihrer Partei geführt werden und in diesem Zeichen kameradschaftlich zusammenarbeiten.

Die Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei ist für die christlichen Demokraten eine Konsequenz, die sich aus der Anwendung der Lehren der Geschichte auf die politische Arbeit ergibt. Diese Lehren zeigen deutlich, daß jedes Bemühen um eine Neuordnung der menschlichen Gesellschaft ohne oder gar gegen die Arbeiterklasse zum Scheitern verurteilt ist. Die Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus ist das Kriterium dafür, daß unsere Partei ebenso wie alle anderen demokratischen Kräfte tatsächlich bereit ist, den sozialistischen Aufbau wirksam zu unterstützen.

Bei der Anerkennung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse gehen wir davon aus, daß die Arbeiterschaft nicht allein die zahlenmäßig stärkste Klasse ist, sondern daß in erster Linie sie den gesellschaftlichen Reichtum schafft, daß sie im Kapitalismus am stärksten ausgebeutet, am härtesten unterdrückt worden ist, aber auch am besten gelernt hat, sich ihrer Lage bewußt zu werden, sich gegen Kapitalismus und Krieg zusammenzuschließen, zu kämpfen und zu siegen. Die Arbeiterklasse und ihre Partei hat Hervorragendes im Kampf gegen die Reaktion, besonders im Kampf gegen den Faschismus geleistet; die großen Opfer, die die Arbeiterklasse und ihre Partei in diesen Kämpfen und in den imperialistischen Kriegen gebracht hat, stellen eine moralische Kraft dar, die niemand unberücksichtigt lassen kann. Schließlich gehen wir davon aus, daß die Arbeiterklasse und ihre Partei mit dem Marxismus-Leninismus das Instrument

besitzt, mit dem die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung aufgedeckt und erforscht werden können und mit dem planmäßig eine neue gesellschaftliche Ordnung der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens aufgebaut werden kann.

Indem die CDU die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse anerkannte, widerstand sie der Versuchung, von dem einzig möglichen und richtigen Weg des sozialistischen Aufbaus abzuweichen, wurde sie in die Lage versetzt, alle Tendenzen eines „christlichen Sozialismus“, der nichts anderes als eine revisionistische Erscheinung gewesen wäre, zu überwinden und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß immer mehr Christen die Übereinstimmung zwischen ihren gesellschaftlichen Grundanliegen und dem Aufbau des Sozialismus in unserer Republik erkennen.

Die Anerkennung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse bedeutet nicht, daß die CDU ihr eigenes Profil verliert. Im Gegenteil: durch die Anerkennung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse hat die CDU noch klarer ihren Charakter als Partei der fortschrittlichen Christen herausarbeiten können, kann sie alle ihre politischen und geistigen Potenzen voll für den Sieg des Sozialismus und den nationalen Kampf unseres Volkes fruchtbar machen und zugleich ihre spezifischen Aufgaben noch zielstrebig und erfolgreicher verwirklichen.

So konnte auch der Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, in seinem Schlußwort auf dem V. Parteitag der SED 1958 im Zusammenhang mit dem Kampf unseres Volkes gegen die klerikal-militaristische Diktatur in Westdeutschland das Ringen der CDU der DDR mit folgenden Worten einschätzen und würdigen:

„Wie verlogen die Losung ‚Lieber tot als rot‘ zur Begründung der Atomaufrüstung ist, geht am besten daraus hervor, daß in der Deutschen Demokratischen Republik viele Millionen von Christen leben, die überhaupt nicht auf den absurden Gedanken kämen, aus dem Leben zu scheiden, weil bei uns der Sozialismus aufgebaut wird. Im Gegenteil, die Millionen von christlichen Werktätigen der DDR handeln sehr bewußt..., indem sie Schulter an Schulter mit uns gegen den Atomtod, für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa kämpfen. Sie sind glücklich darüber, daß es in der Deutschen Demokratischen Republik eine christliche Partei, die Christlich-Demokratische Union, gibt, die — im Gegensatz zur Adenauerpartei — für das Leben kämpft und aktiv am sozialistischen Aufbau teilnimmt, der allen Werktätigen ein frohes, glückliches und langes Leben auf der Erde ermöglicht.“

Diese Worte unterstreichen, daß die Partei der Arbeiterklasse auch ihrerseits den Beitrag zu schätzen weiß, den wir Christen in dem Ringen um den Sieg des Sozialismus in der DDR und die nationale Wiedergeburt ganz Deutschlands zu leisten vermögen.

2. CDU und Demokratischer Block

Vom Geist des Vertrauens und der Zusammenarbeit von Vertretern der verschiedenen politischen Parteien und Weltanschauungen ist das gesamte Aufbauwerk in unserer Deutschen Demokratischen Republik getragen. In der Erkenntnis, daß die Größe der nach 1945 auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu lösenden Aufgaben ein vereintes Handeln aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte notwendig machte, waren bereits am 14. Juli 1945 die Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands und der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands zu einer gemeinsamen Beratung zusammengekommen und hatten den antifaschistisch-demokratischen Block gebildet. Im gemeinsamen Aufruf des Demokratischen Blocks hieß es damals:

„Nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und im Denken unseres ganzen Volkes, nur durch die Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es möglich, die Nation zu retten. Die Vertreter der vier Parteien beschließen, unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbstständigkeit, die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die großen Aufgaben zu lösen. Damit ist ein neues Blatt in der Geschichte Deutschlands aufgeschlagen.“

Es ist wichtig, daran zu erinnern, daß jene historische Zusammenkunft vom 14. Juli 1945 auf Vorschlag der Kommunistischen Partei Deutschlands stattfand. Bereits auf ihren Konferenzen 1935 in Brüssel und 1939 in Bern hatte die Kommunistische Partei Deutschlands den Zusammenschluß aller Gegner von Nazismus und Militarismus vorgeschlagen. Im Kampf gegen den Faschismus und in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern Hitlerdeutschlands kam es dann zu der Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Angehörigen anderer politischer und weltanschaulicher Auffassungen. Im faschistischen Konzentrationslager Buchenwald litten und starben der Kommunist Ernst Thälmann und der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid

ebenso wie der evangelische Pfarrer Paul Schneider. Die Bemühungen zur Sammlung aller Hitlergegner führten 1943 zur Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, dem auch eine Reihe von christlichen Persönlichkeiten angehörten; viele von ihnen stießen später zur Christlich-Demokratischen Union.

Die Vereinigung aller demokratischen und aufbauwilligen Kräfte war zugleich die Verwirklichung einer entscheidenden Lehre aus der deutschen Geschichte; denn der Faschismus hatte nur zur Macht kommen und sich jahrelang an der Macht halten können, weil es nicht gelungen war, alle Gegner des Faschismus, alle fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes im Kampf gegen ihn zu vereinen. Zudem machte die äußerst schwierige Situation in Deutschland nach der militärischen Niederlage des deutschen Faschismus ein vereintes Handeln aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte geradezu notwendig, um das materielle und geistige Erbe des Faschismus zu überwinden, seine Wiederkehr zu verhindern und das deutsche Volk aus der Katastrophe in eine Zukunft friedlicher Arbeit zu führen.

Die Einmütigkeit aller demokratischen Kräfte im Block ermöglichte es, daß der Nazismus mit all seinen Wurzeln ausgerottet wurde, daß demokratische Umwälzungen im gesellschaftlichen Leben durchgeführt wurden und daß schließlich die Auseinandersetzung mit den reaktionären Kräften auch in unserer Partei erfolgreich geführt werden konnte. Bei der Durchführung der demokratischen Umwälzungen und im Kampf gegen die Kräfte der Reaktion festigte sich die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse im Block. Heute ist die gesamte Tätigkeit des demokratischen Blocks darauf gerichtet, durch die Beratung und übereinstimmende Beschlußfassung über die Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung eine gemeinsame Front aller in den demokratischen Parteien und Massenorganisationen organisierten Kräfte des Volkes für den Sieg des Sozialismus und für die Überwindung des westdeutschen Imperialismus und Militarismus herzustellen. In der Satzung der Christlich-Demokratischen Union heißt es dazu:

„Die Mitglieder der CDU erblicken in der Einheit und Geschlossenheit aller demokratischen Kräfte die kostbarste Erregenschaft der Deutschen Demokratischen Republik. In der Parteiarbeit lassen sie sich von den Beschlüssen der Partei leiten, die sich in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des demokratischen Blocks und den Beschlüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland befinden.“

3. CDU und Nationale Front

Es dürfte bereits deutlich geworden sein: Unsere Partei betreibt keine egoistische Politik im engbegrenzten eigenen Interesse, sondern sie arbeitet, was die Hauptfragen des Kampfes um den Frieden, des sozialistischen Aufbaus und unserer nationalen Politik betrifft, mit allen demokratischen Kräften in einer gemeinsamen Front. In der Nationalen Front des demokratischen Deutschland erfüllen die Mitglieder der CDU ihren gesellschaftlichen Auftrag bei der Mitarbeit an der friedlichen Lösung der deutschen Frage, an der Festigung unserer volksdemokratischen Staatsmacht, an der Erfüllung unserer Volkswirtschaftspläne und an der Entwicklung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in unserer Republik.

In der Nationalen Front sind unter Leitung der Arbeiterklasse und ihrer Partei alle demokratischen Parteien und Massenorganisationen, die Anhänger der verschiedensten politischen und weltanschaulichen Auffassungen, Bürger jeglicher sozialer Stellung vereinigt. In der Nationalen Front und durch sie nehmen alle Schichten der Bevölkerung an der Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der DDR teil. Der Nationalen Front kommt große Bedeutung bei der weiteren Entwicklung und Festigung der politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung zu.

Die Nationale Front ist als die alle Schichten der Bevölkerung umfassende gesellschaftliche Kraft die Trägerin der Tätigkeit der Volksvertretungen. Die Volksvertreter, die in der DDR gewählt werden, sind Abgeordnete der Nationalen Front, auf deren Liste sie auch gewählt werden. Weil in der Nationalen Front alle Parteien und Massenorganisationen gemeinschaftlich wirken, deshalb vereinen sich in den Wahlen alle von den einzelnen Parteien und Massenorganisationen vorgeschlagenen Kandidaten auf einer gemeinsamen Liste und verpflichten sich mit ihrer Wahl, das Wahlprogramm der Nationalen Front zu verwirklichen.

Wer sich dabei an den Parteienhader und -zwist der Weimarer Republik erinnert oder die Situation in Westdeutschland vor Augen hat und sich vergegenwärtigt, was das für „Interessen“ waren, die die in solchen Wahlen gewählten „Volksvertreter“ des Monopolkapitals nach der Wahl vertreten, der erst kann erfassen, welche gewaltige Errungenschaft die Nationale Front für unser ganzes Volk darstellt. Eng arbeiten die Ausschüsse der Nationalen Front mit den Volksvertretungen, ihren Organen und den einzelnen Abgeordneten zusammen, während die staatlichen Organe über die

Ausschüsse der Nationalen Front eine enge Verbindung zu allen Bevölkerungsschichten herstellen, um alle Bürger für die Lösung der in den Plänen niedergelegten Aufgaben zu gewinnen.

In der Entschließung des 10. Parteitages der CDU sind noch einmal die entscheidenden Aussagen über die Nationale Front und über die Notwendigkeit der Mitarbeit der christlichen Demokraten in dieser Kampfgemeinschaft dargelegt. In dieser Entschließung heißt es u. a.:

„Die schöpferische Mitarbeit der CDU am sozialistischen Aufbau vollzieht sich im Ringen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Dieser umfassenden patriotischen Bewegung, die unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei alle Kreise unserer Bevölkerung in den Aufbau des Sozialismus einbezieht, gehört auch unsere Partei als unlösbarer Bestandteil an . . . Alle demokratischen Kräfte, auch die Mitglieder unserer Partei, sind mitverantwortlich für die Arbeit der Nationalen Front. Unsere Mitglieder haben den gesellschaftlichen Auftrag unserer Partei erst dann richtig verstanden, wenn sie selbst als Mitarbeiter der Nationalen Front, als Verfechter ihrer Ziele wirksam werden . . . In der Nationalen Front des demokratischen Deutschland manifestiert sich die zunehmende politisch-moralische Einheit unserer schaffenden Bevölkerung, die sich mit dem weiteren Vorschreiten des sozialistischen Aufbaus immer deutlicher herausbildet. Die verantwortliche Mitwirkung aller unserer Parteivorstände in den Ausschüssen und Arbeitsgruppen der Nationalen Front und in allen ihren Einrichtungen ist daher ein bedeutsamer Beitrag zur Herausbildung und Festigung der sozialistischen Gemeinschaft, zu der unser Volk auf dem Boden unserer volksdemokratischen Ordnung mehr und mehr zusammenwächst und in der auch die christlichen Menschen ihren sicheren Platz finden.“

Die Nationale Front ist so stark, wie die Parteien, die Massenorganisationen und die parteilosen Patrioten sie machen. Bereits wenige Monate nach der Gründung der DDR, am 21. Februar 1950, hatte der Politische Ausschuss des Hauptvorstandes der CDU in einer Entschließung erklärt: „Wir rufen unsere Freunde auf, alles zu tun, um die Nationale Front des demokratischen Deutschland zu stärken und allen Versuchen, die wachsende Kraft dieser Front zu schwächen und ihre Arbeit zu stören, mit Entschiedenheit entgegenzutreten.“

Wir christlichen Demokraten können voller Stolz feststellen, daß unsere Partei, wie es im ersten Satz der Präambel der Satzung der CDU heißt, „ein untrennbarer Teil der Na-

tionalen Front des demokratischen Deutschland“ geworden ist. Die Stärkung und innere Festigung der Christlich-Demokratischen Union und ihr Streben nach einer immer besseren Erfüllung ihrer Aufgaben sind daher gleichbedeutend mit der Festigung und Stärkung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. In ihr haben wir die Garantie, daß der Weg unserer Nation in eine Zukunft des Friedens und des Glücks führt, eine Zukunft, an der alle mitbauen können und in der Raum und Wirkungsmöglichkeit für alle sein wird, die diese Zukunft mitgestaltet haben.

V. Der Weg der westdeutschen CDU/CSU

Im Gegensatz zur fortschrittlichen Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse in unserer Republik steht die Entwicklung im Westen Deutschlands. Schon bald nach der Befreiung erstarkten dort wieder die Kräfte der Reaktion. Mit Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte — entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens — wurde die Entfaltung der demokratischen Kräfte behindert. Das Finanzkapital und der Großgrundbesitz wurden kaum angetastet, obwohl die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Sozialisierung der Grundstoffindustrie und die Bodenreform forderte. Führende Nazis und Kriegsverbrecher verblieben in entscheidenden Staats- und Wirtschaftsfunktionen. Eine grundlegende demokratische Umerziehung der deutschen Bevölkerung wurde weder von den Besatzungsmächten noch von den westdeutschen Behörden jemals ernsthaft in Angriff genommen.

Struktur und Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse erfuhren also keine solche Veränderung, die zu einer echten Neuorientierung auch in Westdeutschland geführt hätte. Die unmittelbare Verantwortung dafür tragen die Westmächte. Hauptschuldige daran aber sind die alten imperialistischen und revanchistischen Kreise in Westdeutschland und die ihnen Vorschub leistenden rechtsorientierten Führungskreise in der Sozialdemokratischen Partei und in den Gewerkschaften. Die Arbeiterschaft und die anderen fortschrittlichen Kräfte wurden daran gehindert, die 1945 gegebene Chance zu nutzen und eine grundsätzliche Wende der deutschen Politik auch in den Westzonen durchzusetzen.

Die Christlich-Demokratische Union in Westdeutschland war unter ähnlichen objektiven geschichtlichen Voraussetzungen und im Zeichen eines ähnlichen Willens entstanden wie

die CDU in der damaligen sowjetischen Besatzungszone. In den „Kölner Leitsätzen“ werden ebenso wie im Gründungsauftrag unserer CDU der entschiedene Bruch mit der Vergangenheit, der Kampf gegen den deutschen Militarismus und eine neue deutsche Politik des Friedens und der Verständigung gefordert. Schon bald aber bemächtigten sich die reaktionären Kreise, die Monopolherren und Militaristen, der Führung der West-CDU. Die vielen ehrlichen Mitglieder, die auf Grund ihrer christlichen Überzeugung und ihres guten Willens, am Aufbau eines neuen, besseren Deutschlands mitzuhelfen, zur Partei gestoßen waren, wurden schändlich betrogen.

Das Großkapital wußte nur zu gut, daß die vormalig herrschende nationalsozialistische Ideologie, mit deren Hilfe das deutsche Volk in die Katastrophe geführt worden war, bei der Bevölkerung jeden Kredit verloren hatte. Darum spekulierte die westdeutsche Hochfinanz und die Militaristen auf die christliche Einstellung breiter Bevölkerungsschichten, die in der West-CDU ihre politische Interessenvertretung erblickten. An die Stelle der vom Hitlerfaschismus verkündeten Parolen von der „Herrenrasse“ und vom „Volk ohne Raum“ trat die These von der „kommunistischen Bedrohung des christlichen Abendlandes“ als Mittel zur ideologischen Rechtfertigung der revanchistischen Pläne der Reaktion.

Die CDU in Westdeutschland wurde immer offensichtlicher zum wichtigsten politischen Sammelbecken der in Westdeutschland immer stärker zur Macht drängenden reaktionären Kräfte, die schließlich, als sie einsehen mußten, daß vorerst mit der Wiederherstellung ihrer Macht in ganz Deutschland nicht zu rechnen war, zur systematischen Vorbereitung und Einleitung der staatlichen Spaltung und Zerreißung Deutschlands schritten, die mit Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte durch die separate Währungsreform und die Gründung des westzonalen Separatstaates vollzogen wurde.

Im Gegensatz zur Deutschen Demokratischen Republik, die sich seit ihrer Gründung immer deutlicher als die Bastion des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts erwies, beschritten die herrschenden Kreise Westdeutschlands seit der Gründung der Bundesrepublik einen immer verhängnisvolleren Weg der Entwicklung. Das westdeutsche Monopolkapital beherrscht seit langem wieder unumschränkt die Wirtschaft, und die Verflechtung zwischen den Monopolen und dem Staat — die Entwicklung zum staatsmonopolisti-

schen Kapitalismus — wird immer offensichtlicher. Im Zusammenhang mit der Aufnahme Westdeutschlands in die NATO wurde die Bundeswehr aufgestellt, deren militaristische Führungskreise heute verstärkt die Verfügungsgewalt über Atomwaffen fordern. Im Staatsapparat sitzen „bewährte“ Nazis von ehemals wieder in entscheidenden Stellen. Die faschistische Ideologie bestimmt wiederum das Denken und Handeln der führenden Kreise dieses Staates und versucht alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Ausdruck dieser Ideologie sind die Antisowjethetze und die Hetze gegen die anderen sozialistischen Staaten, die unverhüllten nationalistischen Revancheparolen der Bonner Ultras, die Forderung nach gewaltsamer Befreiung der DDR. Der zunehmenden Opposition in der westdeutschen Bevölkerung wird der verstärkte Druck des Bonner Staates, die immer stärkere Einschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten entgegengesetzt.

Das Bonner System trägt ausgesprochen antinationalen Charakter. Seit Jahren vergeht keine Gelegenheit des Auftretens prominenter Politiker der West-CDU, ohne daß die Absage an die Nation zugunsten der sogenannten europäischen Integration immer erneut formuliert wird. Diese Politik der Integration, der sich nach Strauß und anderen CDU/CSU-Führern die Konföderation — allerdings nicht mit der Deutschen Demokratischen Republik, sondern mit den USA — anschließen soll, ist Ausdruck des Versuchs der westdeutschen Imperialisten, die von Hitler nicht erreichten Ziele jetzt mit anderen Mitteln durchzusetzen. Bonns Vorherrschaft in Europa soll das Ergebnis einer solchen Politik sein. Dazu wird es dort als zweckmäßig erachtet, den nationalen Gedanken als antiquiert abzutun. Aber man geht noch weiter: Gerstenmaier beispielsweise behauptete auf dem Parteitag der West-CDU 1962 in Dortmund sogar, die Epoche der national-staatlichen Souveränität trage die Schuld an den Katastrophen der letzten Jahrzehnte. Mit dieser ungeheuerlichen Behauptung versucht die CDU/CSU-Führung von der Tatsache abzulenken, daß die Mittäter an den Verbrechen des zweiten Weltkrieges und der Nazizeit überhaupt heute in Bonn wieder in Amt und Würden sitzen, bereit, eine neue Aggression auszulösen. Während die guten Deutschen in beiden deutschen Staaten den Gedanken der Nation hochhalten und bewahren, während sie mit berechtigtem Stolz auf diejenigen Deutschen zurückblicken, deren revolutionärer Kampf in den vergangenen hundert Jahren gerade der Nation, ihrer demokratischen Einheit und ihrer Erhaltung galt, behauptet

man in Bonn, die Zeit der Nationalstaaten sei vorüber, und versteckt seine Weltherrschaftspläne hinter dem Streben nach dem sogenannten „Fortschritt der Integration Europas“. Verrat an der Nation — das kommt dabei heraus, wenn imperialistische und militaristische Kräfte sich einer Partei bemächtigen, die unter christlichen und demokratischen Vorzeichen in Deutschlands schwerster Schicksalsstunde angetreten war!

Zur Propagierung und Rechtfertigung der Politik des Bonner Staates werden in immer stärkerem Maße auch die Kirchen eingespannt. Die Verbindung des im Dienste des Monopolkapitals stehenden reaktionären Klerus mit dem westdeutschen Staat und auf der anderen Seite die staatliche Durchdringung der westdeutschen Kirchen haben im Bonner Staat einen neuen Typ des Staatskirchentums hervorgebracht. Westdeutschland ist heute ein klerikal-militaristischer Obrigkeitsstaat mit unverkennbaren faschistischen Zügen und Tendenzen. Entgegen dem friedlichen und patriotischen Wollen weitester Kreise der christlichen Bevölkerung auch in Westdeutschland spielten und spielen kirchenleitende Kräfte bei dieser Entwicklung eine verhängnisvolle Rolle. Sie haben die Wiederaufrüstung Westdeutschlands befürwortet und scheinchristlich verbrämt. Sie haben dem deutschen Militarismus unter Mißbrauch des Christentums die antikommunistischen Parolen geliefert, mit denen der Eintritt Westdeutschlands in die aggressive NATO und die Atomkriegsvorbereitungen der westdeutschen Militaristen getarnt werden sollen. Durch den Militärseelsorgevertrag hat sich die evangelische Kirchenleitung noch enger an den Bonner Staat gebunden und die Aufrüstung Westdeutschlands gutgeheißen.

Der West-CDU als Regierungspartei im Bonner Staat fällt für diese Entwicklung die Hauptverantwortung zu. Sie trägt im wesentlichen die Schuld an der Wiedergeburt des deutschen Militarismus, an der Refaschisierung und Klerikalisierung des westdeutschen Staates, an seiner antinationalen, friedens- und verständigungsfeindlichen Politik. Sie trägt die Hauptverantwortung dafür, daß das Christentum in Westdeutschland von den klerikal-militaristischen Kräften in nie dagewesener Weise für die Rechtfertigung der Atomkriegspolitik mißbraucht wird.

Welch einen erschreckenden Grad die Volksfeindlichkeit der Politik der West-CDU heute erreicht hat, wurde mit aller Deutlichkeit auf dem Dortmunder Parteitag im Mai 1962 offenbar. Wiederum forderten hier die führenden CDU-Politiker die schnelle und umfassende Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen, lehnten jede friedliche Verständigung

mit der DDR ab und proklamierten statt dessen die weitere Verschärfung des kalten Krieges. Mit der Notstandsgesetzgebung soll die Grundlage für ein noch brutaleres Vorgehen gegen die Anhänger des Friedens und der Verständigung geschaffen werden. Mit allen Kräften wehren sich Adenauer und seine Gefolgsleute gegen den Abschluß eines Friedensvertrages, weil er das Ende der Atomkriegsvorbereitungen bedeuten und die Pläne zur gewaltsamen „Befreiung der DDR“ endgültig durchkreuzen würde.

Die gesamte Politik der West-CDU liefert den Beweis dafür, daß der westdeutsche Imperialismus und Militarismus die Hauptgefahr für den Frieden in Europa bildet. Seine Bändigung ist deshalb die wichtigste Aufgabe, die vor allen verantwortungsbewußten Menschen in Ost und West steht. Noch ist es der reaktionären Führung der West-CDU bei den Bundestagswahlen 1961 unter Mißbrauch des Christentums gelungen, eine große Zahl christlicher Menschen in Westdeutschland zu täuschen. Ihnen zu helfen, die wahren Absichten der im Dienste des Monopolkapitals stehenden Parteiführung zu erkennen und aus dieser Erkenntnis heraus gemeinsam mit der Arbeiterklasse und allen friedliebenden Kräften für eine Änderung der Lage in Westdeutschland einzutreten, ist eine Aufgabe, der sich die CDU in der DDR in besonderem Maße verpflichtet weiß.

Wir wissen, daß dank der Existenz des mächtigen sozialistischen Lagers, das zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung wurde, die friedensfeindlichen Pläne der reaktionären Führung der Adenauer-CDU und ihrer Auftraggeber unweigerlich zum Scheitern verurteilt sind; wir wissen, daß die Mitarbeit an der Stärkung unserer Republik, die Mitarbeit am Sieg des Sozialismus die beste Arbeit für den Frieden ist, daß in dem Maße, wie wir unseren Friedensstaat festigen, die Kriegsgefahr in Deutschland geringer wird und wir dem Ziel der nationalen Wiedergeburt näherkommen. Die Christlich-Demokratische Union in der Deutschen Demokratischen Republik, die im Gegensatz zur West-CDU gemeinsam mit den anderen demokratischen Kräften unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse den Weg des Fortschritts geht, wird ihren guten Anteil daran leisten.

Wenn man sich abschließend die Frage stellt, wie es kommen konnte, daß die ursprünglich auch in der westdeutschen CDU in großer Zahl vorhandenen fortschrittlichen Kräfte immer mehr zurückgedrängt wurden und an ihre Stelle die reaktionären Kräfte traten, dann muß man vor allem ant-

worten: Die fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Christenheit können noch so ehrlich bestrebt sein, den Weg nach vorn zu gehen – sie werden immer überspielt, immer das Opfer der klerikalen und politischen Reaktion werden, wenn sie nicht in einem festen Bündnis, in einer Einheitsfront mit allen anderen fortschrittlichen Kräften unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei stehen. Die klerikale Reaktion ist deshalb und ist so lange stark, solange sie mit den Kräften der politischen und sozialen Reaktion verbunden ist und auf diese Weise mit den Mitteln sowohl des politischen Terrors als auch der klerikalen Bevormundung die Entfaltung der fortschrittlichen Kräfte einzudämmen und zu behindern vermag. Die fortschrittlichen Kräfte in der Christenheit müssen daher ihrerseits Verbündete suchen, so starke Verbündete, daß sie der Terror der politischen, sozialen und klerikalen Reaktion nicht zu brechen vermag.

Die Erfahrungen, die die christlichen Demokraten in ihrer Arbeit bei der Errichtung der neuen Gesellschaftsordnung des Sozialismus und des Friedens in der DDR im Zusammenwirken mit der Arbeiterklasse gemacht haben, stellen also einen reichen ideologischen Schatz dar, der den friedliebenden Christen auch in Westdeutschland zur Verfügung steht und den sie in ihrem Kampf um die soziale Neuordnung, um die Wiederherstellung der demokratischen Rechte und um die Zerschlagung des klerikal-militaristischen Systems in Westdeutschland benutzen können.

VI. Es gibt nur eine rechtmäßige CDU in Deutschland

Der Vergleich des Weges der Christlich-Demokratischen Union in der Deutschen Demokratischen Republik mit der Entwicklung der westdeutschen CDU/CSU macht deutlich, daß es heute nur eine Partei christlicher Menschen in Deutschland gibt, die ihren Grundgedanken treu geblieben ist und die sich deshalb als die rechtmäßige CDU in Deutschland bezeichnen darf; das ist die CDU in der DDR, die Partei, deren Profil von den fortschrittlichen Kräften unter Otto Nuschke entscheidend gestaltet wurde.

Otto Nuschke gehörte schon in den Jahren der Weimarer Republik (1919–1933) zu den mannhaftesten demokratischen Politikern und Publizisten. Der Barbarei des Faschismus setzte er entschiedenen Widerstand entgegen. Nach der Befreiung unseres Landes gehörte er im Jahre 1945 zu den Mitbegründern der Christlich-Demokratischen Union in Berlin.

Er folgte den Erfahrungen und Erkenntnissen, die ihm die langen Jahre seines politischen Kampfes für Frieden und Demokratie vermittelt hatten: Er trat unter Einsatz seiner ganzen Person und mit der aktiven Unterstützung vieler anderer fortschrittlicher Mitglieder unserer Christlich-Demokratischen Union mutig und entschlossen jenen Kräften entgegen, die unsere Partei in den ersten Jahren ihres Bestehens zu einem Instrument der Reaktion in der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in der jungen Deutschen Demokratischen Republik machen wollten. Getragen von dem Vertrauen aller ehrlichen Parteimitglieder und der gesamten demokratischen Öffentlichkeit wurde er 1948 zum Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union gewählt und gehörte seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik bis zu seinem Tode 1957 dem Ministerrat der DDR als Stellvertreter des Vorsitzenden an.

In der Person unseres unvergessenen Freundes Otto Nuschke und in seiner jahrzehntelangen politischen Arbeit verkörpern sich für uns christliche Demokraten die Prinzipien, denen wir — seinem Vermächtnis getreu — in unserem politischen Kampf zu folgen haben: alles einzusetzen für den Frieden unseres Landes und das Glück unseres Volkes, für die Freundschaft mit allen Nationen, für den Sieg des Sozialismus, der uns Christen die Erfüllung unserer gesellschaftlichen Hoffnungen und Ziele bedeutet. Wir haben unseren Freund Otto Nuschke als Vater und Lehrer unserer Partei bezeichnet. Ihm ist es im wesentlichen Maße zu danken, daß die Kräfte des Fortschritts in unserer Partei sich sammeln und in der Auseinandersetzung mit den Vertretern der Reaktion sich durchsetzen konnten. Ihm ist es im wesentlichen Maße zu danken, daß die christlichen Demokraten ihren Platz an der Seite der Arbeiterklasse und aller anderen demokratischen Kräfte gefunden haben. Ihm ist es im wesentlichen Maße zu danken, daß unsere Partei heute mit Recht von sich sagen kann: Die Christlich-Demokratische Union in der Deutschen Demokratischen Republik ist die einzige rechtmäßige Partei dieses Namens in Deutschland.

Die CDU in der DDR ist dem Gründungsauftrag von 1945 treu geblieben; sie hat die damals noch unvollkommen formulierten, fortschrittlichen programmatischen Äußerungen im Einklang mit den Notwendigkeiten der Entwicklung und den Erfahrungen der gesellschaftlichen Praxis weiterentwickelt und angewendet. Die Adenauer-CDU dagegen hat den einstmaligen von ihr beschworenen Prinzipien des Kampfes um den Frieden und um die soziale Gerechtigkeit die Treue

gebrochen und ist zum politischen Hort der Reaktion in Westdeutschland geworden.

Die CDU in der DDR hat sich erfolgreich bemüht, die Lasten der Vergangenheit, die auf der Christenheit liegen, zu bewältigen. Sie wehrt sich gegen jede Verklammerung der christlichen Botschaft mit der bürgerlichen Ideologie und hilft den Mißbrauch des Christentums durch das klerikal-militaristische System in Westdeutschland überwinden. Die Adenauer-CDU dagegen trägt die politische Hauptschuld daran, daß in Westdeutschland die ehrlichen Bestrebungen ungezählter christlicher Menschen nach der Befreiung aus den Fesseln der Vergangenheit vereitelt wurden und der politische Klerikalismus im Bund mit den Kräften der monopolistischen und militaristischen Reaktion wieder Macht über einen Teil Deutschlands gewinnen konnten.

Die CDU in der DDR hat Christen aus den verschiedensten Glaubensgemeinschaften zu gemeinsamem politischen Handeln für gemeinsame politische Ziele zusammengeführt. Das war möglich, weil — wie sich in der Praxis herausgestellt hat — in den gesellschaftlichen Grundfragen unserer Nation verantwortungsbewußte christliche Bürger über alle konfessionellen Unterschiede hinweg zusammenwirken können und müssen. Die Adenauer-CDU dagegen ist heute stärker denn je durch konfessionelle Gegensätze und Streitigkeiten zerklüftet, die vor allem Ausdruck dafür sind, daß die Interessen der Parteiführung zu denen der Mitglieder politisch im Gegensatz stehen und daß der politische Klerikalismus beider Konfessionen die Adenauer-Partei als Basis für seine Machtkämpfe benutzt.

Die CDU in der DDR trägt dazu bei, daß die christlichen Grundforderungen der Nächstenliebe und der Friedensliebe unverkürzt in ihren Konsequenzen verwirklicht werden können. Sie weist den Christen in unserem Vaterlande den Weg in eine Zukunft ohne Ausbeutung, Unterdrückung, Not und Krieg — den Weg in den Sozialismus. Ihr Handeln entspricht also den gesetzmäßigen Erfordernissen der nationalen und der weltweiten gesellschaftlichen Entwicklung in unserer Epoche. Die Adenauer-CDU dagegen stemmt sich mit ihren Führungskreisen gegen alle Forderungen nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit; sie wurde zum politischen Vortrupp jener imperialistischen Kreise, die Westdeutschland zum Hauptstörfrieden in Europa und zur Hauptgefahr für den Frieden, zum Vaterland der Millionäre und Rüstungskapitalisten, der dunkelsten und fluchwürdigsten Kräfte der deutschen Vergangenheit gemacht haben.

Die CDU in der DDR arbeitet zusammen mit allen demokratischen Kräften unseres Volkes, und niemals wird sie diese Zusammenarbeit aufgeben. Diese Zusammenarbeit in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ist eine der größten Errungenschaften unserer Gesellschaft, sie entspricht der entscheidenden Lehre aus der deutschen Geschichte. Die CDU in der DDR anerkennt die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse. Sie hat nach den Worten Otto Nuschkes der Arbeiterklasse und ihrer Partei die Hand gereicht, jener Kraft also, die den Weg in die Zukunft des Sozialismus eröffnet. Die Adenauer-CDU dagegen trägt die politische Hauptschuld daran, daß den demokratischen Volkskräften in Westdeutschland der Zusammenschluß und die freie Entfaltung verwehrt wurde. Das ist der wichtigste Grund dafür, daß Westdeutschland von den aggressivsten Kräften der monopolistischen Großbourgeoisie, des Militaristenklüngels und des hohen Klerus wieder auf den unseligen, von der Geschichte zum Scheitern verurteilten Weg der Vergangenheit geführt wurde.

Die CDU in der DDR erblickt in der Sowjetunion den besten Freund unseres Volkes. Sie hilft durch ihre Arbeit, daß die Freundschaft mit der Sowjetunion zur Herzenssache des ganzen deutschen Volkes wird. Die Adenauer-CDU dagegen versucht im Widerspruch zu allen christlichen Grundsätzen und zu allen nationalen Lebenserfordernissen unseres Volkes nach wie vor, der westdeutschen Bevölkerung die Sowjetunion und die mit ihr im Bunde stehenden volksdemokratischen Länder als den „Todfeind“ unserer Nation — so drückte Adenauer selbst es aus — hinzustellen, und bereitet als Regierungspartei des imperialistisch-militaristischen Bonner Staates einen neuen „Kreuzzug gegen den Osten“ vor, der für unser Volk nur mit dem endgültigen nationalen Ruin in einer Vernichtungskatastrophe ohnegleichen enden könnte.

Während so die Adenauer-CDU alle Lehren der Geschichte bewußt mißachtet, allen christlichen, demokratischen und sozialen Grundsätzen zuwiderhandelt, beweist demgegenüber die CDU in der DDR der gesamten christlichen Bevölkerung unseres Staates und auch den für Frieden und Fortschritt kämpfenden Christen in Westdeutschland, in welcher Weise sich christliche Mitarbeit an der Lösung der nationalen und sozialen Probleme unseres Volkes bewähren muß. Darin liegt ihre Rechtmäßigkeit begründet, daran erweist sich ihre große Perspektive.

Anhang

1. Aus der Satzung der CDU

Präambel

Die Christlich-Demokratische Union ist ein untrennbarer Teil der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland. Sie wendet sich an die Christen der Deutschen Demokratischen Republik, um sie in den Kampf um den Frieden, den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und die nationale Wiedergeburt Deutschlands, einzubeziehen.

Die Mitglieder der CDU kämpfen für den Frieden, weil der christliche Glauben gebietet, entschlossen für die Erhaltung des Friedens in der Welt einzutreten.

Die Mitglieder der CDU bekennen sich zur Deutsch-Sowjetischen Freundschaft als dem festen Fundament einer friedlichen Entwicklung ganz Deutschlands. Die Freundschaft zwischen den Völkern, die durch die Pflege gegenseitiger kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen gefördert wird, ist das beste Unterpfand für die Erhaltung des Friedens.

Die Mitglieder der CDU erkennen die Arbeiterklasse und ihre Partei als berufene Führerin unserer Nation an und setzen ihre ganze Kraft für die Stärkung und Festigung der DDR ein. Die Deutsche Demokratische Republik, der erste Friedensstaat in der deutschen Geschichte, ist Beispiel und Basis aller Patrioten für die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands. Sie ist der Hort des Friedens in Deutschland und die Zukunft unserer Nation.

Die Mitglieder der CDU sind Mitgestalter des Sozialismus, weil die sozialistische Gesellschaftsordnung die besten Möglichkeiten für die Verwirklichung der christlichen Anliegen in der Gesellschaft bietet. Sie arbeiten mit an der Erfüllung der Wirtschaftspläne und damit am Sieg des Sozialismus in der DDR.

Die Mitglieder der CDU kämpfen gegen Militarismus und Faschismus und gegen den Mißbrauch des Christentums durch die Kräfte des politischen Klerikalismus und Militarismus in Westdeutschland. Sie sind bereit, ihre Heimat gegen alle Anschläge der Reaktion zu verteidigen.

Die Mitglieder der CDU erblicken in der Einheit und Geschlossenheit aller demokratischen Kräfte die kostbarste Errungenschaft der Deutschen Demokratischen Republik. In der Parteiarbeit lassen sie sich von den Beschlüssen der Partei leiten, die sich in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des demokratischen Blocks und den Beschlüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland befinden.

Die Organisation der Partei beruht auf der innerparteilichen Demokratie und auf der Geschlossenheit des politischen Wol-

lens und Handelns der christlichen Demokraten. Die volle Ausübung aller sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Rechte und die Einhaltung aller in der Satzung enthaltenen Pflichten durch die Mitglieder festigen die Organisation der Partei und verbürgen eine ständig wachsende Mitarbeit an der Lösung der Lebensfragen des deutschen Volkes.

Das Symbol der Christlich-Demokratischen Union besteht aus den Initialen des Namens der Partei, die von einer Friedenstaube und der Umschrift „Ex oriente pax“ gekrönt werden.

2. Zur Gliederung der Partei

Entsprechend der staatlichen Struktur gliedert sich die CDU in Ortsgruppen, Kreisverbände und Bezirksverbände. In den Städten Magdeburg, Halle, Erfurt, Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt gliedert sich die Partei in Ortsgruppen, Stadtbezirksverbände und Stadtkreisverbände.

Die Organisation der Partei beruht auf der innerparteilichen Demokratie sowie auf der Geschlossenheit des politischen Willens und Handelns der christlichen Demokraten. Für den organisatorischen Aufbau sind folgende Grundsätze maßgebend:

- a) Alle Organe der Partei werden demokratisch gewählt,
- b) alle gewählten Parteiorgane sind zur regelmäßigen Berichterstattung über ihre Tätigkeit vor den Organen, von denen sie gewählt wurden, und vor den übergeordneten Organen verpflichtet,
- c) alle Beschlüsse höherer Parteiorgane sind für alle nachgeordneten Organe und für alle Mitglieder der von diesen Organen geleiteten Gliederungen verbindlich.

Höchstes Organ der CDU ist der Parteitag. Er wählt den Hauptvorstand der Partei. Dieser leitet die politische Arbeit in der Zeit zwischen den Parteitagen und vertritt die Partei in der Öffentlichkeit. Weiter obliegt ihm u. a. die Wahl des Präsidiums des Hauptvorstandes, des Generalsekretärs, des Sekretariats des Hauptvorstandes, des Zentralen Untersuchungsausschusses und der Zentralen Revisionskommission.

Das höchste Organ des Bezirksverbandes ist die Bezirksdelegiertenkonferenz. Von ihr wird der Bezirksvorstand, der die politische Leitung des Bezirksverbandes während der Zeit zwischen den Bezirksdelegiertenkonferenzen ausübt, gewählt. Operatives Arbeitsorgan des Bezirksvorstandes ist das Bezirkssekretariat.

Analog wird bei den Kreisverbänden verfahren.

Die Grundorganisation ist die Ortsgruppe. In ihr erfolgen der Zusammenschluß, die politische Anleitung und Bildung der Mitglieder. Zu Beginn eines jeden Kalenderjahres findet eine Jahreshauptversammlung statt. In jedem zweiten Jahr wählt die Jahreshauptversammlung den Ortsgruppenvorstand neu.

3. Zeitungen und Verlage der CDU

Die CDU gibt 6 Tageszeitungen heraus, und zwar die „Neue Zeit“ als Zentralorgan, Redaktion und Verlag Berlin, sowie die Bezirksorgane „Der Demokrat“ für die Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg, Redaktion und Verlag Rostock, „Märkische Union“ für die Bezirke Potsdam und Cottbus, Redaktion und Verlag Dresden, „Der Neue Weg“ für die Bezirke Magdeburg und Halle, Redaktion und Verlag Halle/Saale, „Thüringer Tageblatt“ für die Bezirke Erfurt, Gera und Suhl, Redaktion und Verlag Weimar, und „Die Union“ für die Bezirke Dresden und Karl-Marx-Stadt, Redaktion und Verlag mit Ausnahme der dem „Neuen Weg“ angeschlossenen „Union“ für den Bezirk Leipzig in Dresden.

Die „Neue Zeit“ erscheint in zwei Ausgaben: als Berliner Ausgabe und als Republikausgabe.

Neben der Hauptredaktion für die einzelnen Bezirksorgane bestehen in jedem Bezirk Bezirksredaktionen. Die Bezirksorgane erscheinen für die einzelnen Bezirke in besonderen Ausgaben. Im Bezirk Erfurt erscheinen vier verschiedene Ausgaben des „Thüringer Tageblatt“, wobei eine speziell für das Eichsfeld herausgegeben wird.

Als Organ für alle Mitarbeiter gibt die CDU „Union teilt mit“ heraus. Diese Zeitschrift erscheint zweimal monatlich.

Außer den Zeitungsverlagen unterhält die CDU folgende Buch- und Kunstverlage: Union Verlag Berlin, Koehler & Amelang, Leipzig, und H. C. Schmiedicke, Markkleeberg. Der Union Verlag veröffentlicht politische Werke und Broschüren unserer Partei sowie schöngestaltete Literatur. Der Verlag Koehler & Amelang pflegt in seinem Verlagsprogramm besonders die wissenschaftliche Literatur, während der Verlag H. C. Schmiedicke vor allem Fotokunstmappen fertigt.

Unsere Partei unterhält auch eigene Buch- und Kunsthandlungen, von denen die bekannteste „Wort und Werk“ in Leipzig mit Filialen in Berlin und anderen Städten der DDR ist. Zu erwähnen ist auch die Leipziger Vertriebsgesellschaft für gute Literatur und Kunst.

Die Verlage, Buch- und Kunsthandlungen und andere parteieigene Betriebe und Grundstücke sind in der VOB Union Verwaltungsgesellschaft mbH zusammengefaßt. So gehören zur VOB Union auch die parteieigenen Druckereien, und zwar in Berlin, Dresden, Halle, Leipzig, Stollberg/Erzgebirge und Weimar.

4. Zur Mitarbeit der CDU in den Volksvertretungen

Den Volksvertretungen aller Ebenen gehören als Abgeordnete und Nachfolgekandidaten über 15 000 Mitglieder der CDU an. In der Volkskammer, dem obersten Organ unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht, wird die CDU von 51 Abgeordneten vertreten. In die 14 Bezirkstage und in die Stadtver-

ordnetenversammlung von Groß-Berlin wurden 270 Mitglieder der CDU gewählt. In den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte arbeiten 1734 CDU-Mitglieder mit. Den Stadtbezirksversammlungen der Großstädte, den Stadtverordnetenversammlungen der kreisangehörigen Städte sowie den Gemeindevertretungen gehören insgesamt 9823 Mitglieder der CDU an.

Weitere CDU-Mitglieder, die durch das Vertrauen der Bevölkerung als Volksvertreter gewählt wurden, sind von demokratischen Massenorganisationen, wie VdgB, DFD, Kulturbund, als Kandidaten nominiert worden. Es handelt sich dabei um Bezirkstagsabgeordnete, Abgeordnete von Kreistagen bzw. Stadtverordnetenversammlungen kreisfreier Städte sowie um über 700 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlungen kreisangehöriger Städte und Gemeindevertreter.

Zu den gewählten Abgeordneten der einzelnen Volksvertretungen kommen noch viele weitere CDU-Mitglieder hinzu, die als Mitglieder der Ständigen Kommissionen der jeweiligen Volksvertretung und ihrer Aktivs Anteil an der staatlichen Arbeit nehmen.

5. Mitarbeit der Mitglieder der CDU im Nationalen Aufbauwerk

Ein bedeutsamer Faktor bei der Vollendung des Aufbaus des Sozialismus ist das Nationale Aufbauwerk. Durch das Nationale Aufbauwerk werden alle Schichten der Bevölkerung ohne Unterschied ihres politischen oder weltanschaulichen Bekenntnisses für die Mitarbeit an der Lösung der ökonomischen Aufgaben, an der Übererfüllung der Ziele des Siebenjahrplans gewonnen. Dabei fördert es zugleich die Heranbildung des neuen, sozialistischen Bewußtseins.

Die Mitglieder der CDU beteiligen sich gemeinsam mit allen demokratischen Kräften am Nationalen Aufbauwerk, weil sie erkannt haben, daß der Einsatz im Nationalen Aufbauwerk der Verwirklichung unserer Volkswirtschaftspläne und damit vor allem dem Ziel dient, unser Leben in kürzester Zeit schöner und besser zu gestalten. Bei ihrem Einsatz im Nationalen Aufbauwerk leisteten beispielsweise im Jahre 1960 die Mitglieder der CDU 3 780 844 Aufbaustunden. Hierzu kommen noch 1 710 865 freiwillige Arbeitsstunden in der Landwirtschaft.

Als Anerkennung für gute Leistungen im Nationalen Aufbauwerk wurden bisher 9 113 Mitglieder mit Aufbaunadeln in Gold, Silber oder Bronze ausgezeichnet.

6. CDU-Mitglieder in hohen Staatsfunktionen

Zahlreiche Unionsfreunde sind in verantwortungsvollen Funktionen des Staates tätig. So bekleidet der Vorsitzende der CDU die Funktion eines Stellvertreters des Präsidenten

der Volkskammer. Der Generalsekretär der CDU wurde bei der Bildung des Staatsrates als Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates gewählt. Mitglied des Staatsrates ist ferner der Vorsitzende des CDU-Bezirksverbandes Potsdam, Friedrich Kind.

Als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Gesundheitswesen ist Max Sefrin tätig. Weiter gehört dem Ministerrat Friedrich Burmeister als Minister für Post- und Fernmeldewesen an. Dr. Heinrich Toeplitz ist Präsident des Obersten Gerichtes der DDR. Die Funktion eines Stellvertreters des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel bekleidet Erich Wächter. Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen ist Fritz Flint.

10 Mitglieder der CDU bekleiden die Funktion eines Stellvertreters des Vorsitzenden des Rates des Bezirks, und zwar in den Bezirken Rostock, Schwerin, Potsdam, Cottbus, Halle, Erfurt, Gera, Leipzig, Dresden und Berlin (Stadtrat). Der Oberbürgermeister von Weimar, Luitpold Steidle, gehört ebenfalls der CDU an.

7. Staatliche und gesellschaftliche Auszeichnungen

Für ihren hervorragenden Einsatz beim Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und im Kampf um die siegreiche Vollendung des Sozialismus in unserem Staat wurden 98 Mitglieder der CDU mit dem „Vaterländischen Verdienstorden“ geehrt. Den „Vaterländischen Verdienstorden“ in Gold erhielten der Parteivorsitzende, August Bach, der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates und Generalsekretär der CDU, Gerald Götting, und zwei Theologen: das Ehrenmitglied der CDU Professor D. Emil Fuchs sowie Professor D. Dr. Johannes Leipoldt.

30 CDU-Mitglieder sind Träger des „Vaterländischen Verdienstordens“ in Silber. Den „Vaterländischen Verdienstorden“ in Bronze erhielten 64 CDU-Mitglieder, unter ihnen Wissenschaftler, Partei- und Staatsfunktionäre, Genossenschaftsbauern, Handwerker und Geistliche.

605 Mitglieder erhielten für ihre vorbildliche Mitarbeit bei der Festigung und Stärkung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht die „Verdienstmedaille der DDR“.

Für ihren Kampf gegen den Faschismus wurden 8 Freunde mit der „Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus“ ausgezeichnet.

28 unserer Partei angehörende Frauen sind Träger der „Clara-Zetkin-Medaille“.

Für ihre hervorragenden Arbeiten wurden 11 Mitglieder der CDU mit dem Nationalpreis ausgezeichnet. Der Nationalpreis I. Klasse wurde den Unionsfreunden Professor Dr. Potel und Professor Dr. Röhrer verliehen. Weiter erhielt der 1951

verstorbene Unionsfreund Dr. Ermisch den Nationalpreis I. Klasse. Mit dem Nationalpreis II. Klasse wurden die Unionsfreunde Professor Dr. Mauersberger, Professor Dr. Müssemeyer, Professor Dr. Röhrer sowie Unionsfreund G. Köhler ausgezeichnet. 6 Unionsfreunden wurde der Nationalpreis III. Klasse verliehen, und zwar den Unionsfreunden Professor Dr. Klitsch, Professor J. E. Köhler, Professor Dr. Seeliger sowie den Unionsfreunden Hermann, Kaldschmidt und Wujczak.

Den Orden „Banner der Arbeit“ erhielten einzeln bzw. im Kollektiv 7 Unionsfreunde. Mit dem Ehrentitel „Held der Arbeit“ wurden 3 Unionsfreunde ausgezeichnet. Mit dem Ehrentitel „Hervorragender Wissenschaftler“ wurde der Jenauer Anatom Professor Dr. Voß geehrt.

Für vorbildliche Mitarbeit in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland erhielten 75 CDU-Mitglieder die „Ernst-Moritz-Arndt-Medaille“ und 2187 Unionsfreunde das „Ehrenzeichen der Nationalen Front“.

Auszeichnungen des Deutschen Friedensrates erhielten über 700 CDU-Mitglieder.

Für Verdienste bei der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft wurden 144 Mitglieder der CDU mit Auszeichnungen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft geehrt.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Weiz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961
- 68 Alwin Schaper: Antikommunismus — Instrument der Kriegsvorbereitung
- 70 Dr. Helmut Roob: Erbe und Vorbild — der frühbürgerliche Humanismus in der Sicht unserer Zeit

- 71 Siegfried Welz: Kubas Weg in die Freiheit
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn — Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 78 Gerald Götting: Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland. — Die Kirche und das Nationale Dokument
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung

Verkaufspreis 0,50 DM — Doppelheft 1,— DM